

INHALT

1. Meyer kassiert Rüge von Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) für Planungsstau
2. CDU legt eigenes Integrationsgesetz vor
3. CDU hält Spoorendonk für unglaublich
4. Rot-Grün-Blaues Vergabegesetz belastet Wirtschaft
5. Neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen rechnen sich nicht
6. Imagefilme der Landesregierung landen im Schwarzbuch
7. CDU kritisiert Alheit-Plan

07.10.2016

**Meyer kassiert Rüge von Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) für Planungsstau
CDU kritisiert Ausreden von Verkehrsminister Meyer**



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

CSU-Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt fand heute deutliche Worte gegenüber Verkehrsminister Meyer: Beim Ausbau der Verkehrswege hat Schleswig-Holstein kein eigenes baureifes Vorhaben anmelden können. Die Folge: Das nördlichste Bundesland erhält keine Bundesmittel.

Schuld seien – so der Bundesverkehrsminister – die mangelnden Planungskapazitäten. „Das Nadelöhr sind nicht mehr die Finanzen, sondern die Planungen der Länder. Wir können uns aber keinen Investitionsstau leisten, nur weil manche Länder ihre Planungskapazitäten heruntergefahren haben“, kritisierte Dobrindt.

Die CDU-Landtagsfraktion gab Dobrindt Recht: „Verkehrsminister Meyer hat es in den vergangenen vier Jahren nicht hinbekommen, die bereitstehenden Bundesmittel für Straßen zu nutzen. Daran ist nicht das Baurecht schuld, sondern einzig und allein der schleswig-holsteinische Verkehrsminister“, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer und verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp.

Dies wollte Meyer aber nicht auf sich sitzen lassen und schob die Schuld dem Bund zu, der die realen Planungskosten verweigere. Dies wiederum brachte den CDU-Fraktionsvorsitzenden Daniel Günther auf den Plan. Günther hielt Meyer vor:

„Herr Meyer ist erstligareif, wenn es darum geht, die Schuld für den Planungsstau bei anderen zu suchen. Um keine Ausrede ist er verlegen. Die Wahrheit ist: Andere Länder schaffen das, was Schleswig-Holstein dank Meyer nicht schafft“, betonte Günther. Der Fraktionschef verwies darauf, dass die Rahmenbedingungen bei den Planungskosten für alle Länder gleich seien. „Das Angebot des Bundesverkehrsministers, die Planungen selbst zu übernehmen, hat der schleswig-holsteinische Verkehrsminister entschieden abgelehnt. Sich jetzt über die Planungskosten zu beschweren, schlägt dem Fass den Boden aus“, erklärte Günther.

Bereits im vergangenen Jahr hatte der Bund Mittel für den Bau von 72 Projekten freigegeben. Im September waren noch einmal 24 neue Bundesfernstraßen dazu gekommen. Schleswig-Holstein ist dabei leer ausgegangen, da keine Planungsreife vorlag.

CDU legt eigenes Integrationsgesetz vor **Fördern und Fordern stehen im Mittelpunkt**



Astrid Damerow, integrationspolitische Sprecherin

In dieser Woche hat die CDU-Fraktion einen Entwurf für ein Integrationsgesetz vorgestellt. Damit sollen die Weichen für eine erfolgreiche Integrationspolitik gestellt werden. Fraktionschef Günther begründete den CDU-Vorstoß mit der Untätigkeit der Regierungskoalition. Erarbeitet hat den Gesetzentwurf die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow.

„Die Integration der vielen Flüchtlinge, die zu uns nach Schleswig-Holstein gekommen sind, ist eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre. Darum ist es wichtig, dass auch das Land dafür verlässliche Rahmenbedingungen schafft. Weder die Landesregierung, noch SPD, Grüne und SSW haben bislang den Versuch unternommen, Antworten für die wichtigen

Integrationsfragen zu finden“, erklärte Günther.

Der CDU-Gesetzentwurf beinhaltet neben Maßnahmen zur frühzeitigen Integrations- und Spracherwerbsförderung auch Wohnsitzauflagen für anerkannte Asylbewerber und die Durchsetzung der Ausreisepflicht.

Der CDU-Landesvorsitzende Ingbert Liebing begrüßte die Initiative der CDU-Fraktion. Kritik kam erwartungsgemäß von den Regierungsfractionen. Der Gesetzentwurf wird in der kommenden Woche in Erster Lesung im Landtag behandelt.

Link zum Gesetzentwurf:

http://www.cdu.ltsh.de/media/16-10-04-GE_IntegrationsG.pdf

CDU hält Spoorendonk für unglaublich Justizministerin muss im Ausschuss Rede und Antwort stehen



Petra Nicolaisen, innenpolitische Sprecherin

„Es ist schwer vorstellbar, dass die zuständige Ministerin nichts gewusst haben will“ - mit diesen Worten kommentierten die CDU-Innenpolitikerin Petra Nicolaisen und der datenschutzpolitische Sprecher der Fraktion, Dr. Axel Bernstein, den Auftritt von Justizministerin Spoorendonk im Innen- und Rechtsausschuss. Nachdem bekannt geworden war, dass die Justizministerin möglicherweise Ermittlungen gegen Landtagsabgeordnete initiiert haben soll, hatten CDU und FDP sie in den Ausschuss zitiert.

Die CDU sah sich nach der Ausschusssitzung am Mittwoch in ihren Vorwürfen bestätigt. „Tatsache ist, dass die Staatsanwaltschaft mit Ermittlungen erst begonnen hat, nachdem der Erlass des Justizministeriums an den Generalstaatsanwalt geschickt wurde. Die heutige Ausschusssitzung hat auch klar hervorgebracht, dass E-Mails des Justizministeriums an nachgeordnete Behörden nicht grundlos erfolgen. Damit dürfte außer Zweifel stehen, dass das Justizministerium die E-Mail natürlich mit einer gewissen Erwartungshaltung versendet hat“, so Nicolaisen.

Spoorendonk hingegen wies die Vorwürfe der Opposition als unbegründet zurück.

Link zur Pressemitteilung:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2016-10-05_Petra_Nicolaisen_Axel_Bernstein_5884.html

Rot-Grün-Blaues Vergabegesetz belastet Wirtschaft CDU fordert Kurskorrektur

Drei Jahre nach Einführung des neuen Tariftreue- und Vergabegesetzes zeigt sich deutlicher denn je, wie schwerwiegend die Folgen und wie groß die Unzufriedenheit in der Wirtschaft sind. Nach einer repräsentativen Umfrage der schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammer (IHK) schreckt das Gesetz viele Unternehmen davon ab, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Danach halten mehr als zwei Drittel der befragten Unternehmen das Gesetz und vor allem die Vielzahl der vergabefremden Kriterien für problematisch.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen, forderte erneut eine Kurskorrektur. Er bedauerte, dass SPD, Grüne und SSW diese bislang abgelehnt hätten. Erst im vergangenen Monate hatten sie den Vorstoß der CDU für ein Mittelstandsentlastungsgesetz abgelehnt, das auch Korrekturen am Vergabegesetz vorgesehen hatte.

„Das rot-grün-blaue Vergabegesetz ist ein wahres Schreckgespenst. Die Landesregierung erhält nun von der Wirtschaft selbst die Quittung für die wirtschaftsfeindliche Politik der vergangenen Jahre. Das sollte dem letzten Sozialdemokraten die Augen öffnen. Das Vergabegesetz ist kein Sozialgesetz“, so Callsen.

Link zur Pressemitteilung der IHK.

<https://www.ihk-schleswig-holstein.de/recht/aktuelle-rechtsthemen/ihk-sh-vergaberecht/3506700>



Johannes Callsen, wirtschaftspolitischer Sprecher

Neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen rechnen sich nicht CDU wirft Regierungskoalition Ressourcenverschwendung vor

Keine drei Jahre gibt es die neuen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen. Aber schon heute zeigt sich: Die Nachfrage ist zu gering. Dies geht aus einem aktuellen Bericht der Landesregierung hervor. Danach erfüllen neun der 17 neu eingerichteten Oberstufen die verlangten Anforderungen – eine dauerhafte Mindestanzahl von 50 Schülern - gar nicht oder nur grenzwertig. Die CDU-Bildungspolitikerin Heike Franzen warf der rot-grün-blauen

Regierungskoalition darum Ressourcenverschwendung vor.

"In ihrem Bericht muss auch die Landesregierung einräumen, dass sich ihre neuen Oberstufen nicht rechnen. Sie verursachen hohe Kosten, aber die Nachfrage reicht in vielen Orten nicht aus", kommentierte Franzen den Regierungsbericht.

Das gravierendste Beispiel kommt aus dem Wahlkreis des SPD-Vorsitzenden Stegner. Gerade einmal 33 Schülerinnen und Schüler besuchen im aktuellen Schuljahr 2016/17 die 11. Klasse an der Bordscholmer Gemeinschaftsschule.

Gegen alle Widerstände hatten SPD, Grüne und SSW vor drei Jahren die neuen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen eingeführt.

Link zum Bericht der Oberstufen an Gemeinschaftsschulen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4600/drucksache-18-4684.pdf>



Heike Franzen, bildungspolitische Sprecherin

Imagefilme der Landesregierung landen im Schwarzbuch Bund der Steuerzahler kritisiert persönliche Wahlwerbung des Ministerpräsidenten



Hans-Jörn Arp, Parlamentarischer Geschäftsführer

An diesem Donnerstag legte der Bund der Steuerzahler sein „Schwarzbuch 2016“ vor. Auch in

Schleswig-Holstein gebe es eine Reihe von Beispielen für Steuerverschwendung, so die Kritik des Steuerzahler-Präsidenten Aloys Altmann. Darunter fielen auch mehrere Imagefilme der Landesregierung. Für diese fand Altmann deutliche Worte. Sie seien nichts mehr als „romantisierende Kitchfilme“, die der Aufgabe der Regierung, den Bürger über ihre Arbeit zu informieren, in keinerlei Umfang nachkommen würde.“ Eine inhaltliche Information finde nicht statt.

Die CDU-Fraktion sah sich bestätigt. Sie hatte bereits im Vorfeld die Imagefilme der Landesregierung scharf kritisiert.

„Die Landesregierung verschwendet Steuergelder für Wohlfühl-Bilder. Ministerpräsident Albig betreibt persönliche Wahlwerbung ohne sinnvolle Informationen für den Bürger. Die Landesregierung findet diese Art von Steuerverschwendung offensichtlich normal und ist in Sachen Verschwendung unbelehrbar“, betonte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Hans-Jörn Arp.

Link zum Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler:

<http://www.schwarzbuch.de/>

CDU kritisiert Alheit-Plan

Bund-Länderinitiative für Fachhochschulen ist ein reines Ablenkungsmanöver



Hochschulexperte Volker Dornquast

Nachdem die Sozialministerin im September kurzfristig ihre Regierungserklärung für die vergangene Sitzung des Landtages abgesagt und auf den Oktober verschoben hatte, forderte sie in dieser Woche unerwartet eine Bund-Länder-Exzellenzinitiative für die Fachhochschulen. 300 Millionen Euro sollen Bund und Länder für ein Förderprogramm bereitstellen.

In der Hochschullandschaft und Wirtschaft war man überrascht. Der Präsident der Kieler Christian-Albrechts-Universität, Prof. Lutz Kipp, zeigte sich zwar erfreut darüber, dass das Land die Wissenschaft als Thema entdeckt hat, unterstrich aber, dass es beim „differenzierten Hochschulsystem“ in Deutschland bleiben müsse. Die Industrie- und Handelskammer zu Kiel betonte, dass die Fachhochschulen Fachhochschulen bleiben müssten und nicht zur Universität umgewandelt werden dürften. Als praxisnahe Bildungseinrichtung habe die Fachhochschule die Aufgabe, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

„Mit einer gemeinsamen Bund-Länder-Exzellenzinitiative für Fachhochschulen kann Ministerin Alheit ihre Versäumnisse der vergangenen Jahre nicht beheben, sondern sie schafft nur neue Bürokratie. Um die Fachhochschulen sachgerecht weiterzuentwickeln sind beispielsweise mehr Master-Studienplätze in speziellen Fachbereichen notwendig. Die Bund-Länder-Exzellenzinitiative ist ein reines Ablenkungsmanöver und hilft den Fachhochschulen nicht. Hier ist ausschließlich das Land in der Pflicht“, kommentierte der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Volker Dornquast den Vorstoß.

Link zur Pressemitteilung von Volker Dornquast:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2016-10-05_Volker_Dornquast_5883.html

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de